

WELT

Das „Weltblatt“ erscheint jeden Freitag; Sonn- und Feiertagen mit der Illustrierten Beilage „Welt und Zeit.“ Innerhalb eingebunden Manuskripten ist stets das Verzeichnis der in der Beilage enthaltenen und veröffentlichten Organisationen und amtlichen Organen veröffentlicht. — Schriftleitung: Paris 42/44, Boulevard des Capucines, Postfach 4066. — Druck: Verlagsanstalt „Le Petit Paris“ 4066, Boulevard des Capucines, Paris 17. — Abonnement: Paris 42/44, Boulevard des Capucines, Paris 17. — Preis: 10 Pfennig.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugpreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, bei Abholer 1,80 Mark. Vierteljahrespreis monatlich 2,- Mark ab Volant oder gegen Einzahlung, 2,20 Mark mit Beleggeld, am Volant abnommt 2,40 Mark. Einzelhefte: 8 Pf. in Stuttgart und 40 Pf. in Reichweite d. 2. Millimeter. — Hauptvertriebsstelle: Paris 42/44, Boulevard des Capucines, Paris 17. — Vertikale 27. — Postfachkonto 20318, Berlin.

III. der Gefahrenzone.

Die Gefahr eines neuen Ruhrabenteuers als Hindernis der Reparationslösung.

„Gute Fortschritte.“

London, 18. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Die Arbeit der Interalliierten Konferenz ist am Donnerstag nachmittag in zwei von den drei gebildeten Kommissionen fortgesetzt worden. Das erste Komitee trat im Ausdrucksamen unter dem Vorsitz des britischen Schatzministers Snowden zusammen. Die dritte Kommission trug unter dem Vorsitz von Sir Robert A. Ingham. Die zweite Kommission wird sich erst am Freitagmorgen (heute) wieder unter der Präsidienführung des britischen Außenministers Thomas verhandeln. Heute erklärte, daß alle Komittees, die am Donnerstag lauten, „gute Fortschritte“ gemacht haben. In den Sitzungen nahm ein Teil der Beobachter teil, deren Beteiligung an den Beratungen die Arbeit der nächsten Plenarsitzung wesentlich vorbereiten und erleichtern soll.

Die Frage der deutschen Verfehlungen.

Amerika fragt seine Mitwirkung zu. Die Londoner Bankwelt lehnt Kreditgewährung der Einzahlung der Reparation ab. London, 18. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Die erste Kommission, die sich mit der Beilegung der deutschen Verfehlungen befaßt, hat bereits eine wichtige Entscheidung erlassen. Der amerikanische Botschafter Oberst Logan erklärte im Namen der amerikanischen Regierung, deren Vereilmilitarität, in benannten Fällen mitzuwirken, und die Reparationskommission über deutsche Verfehlungen zu entscheiden. Die Tatsache, daß jedoch der Vertreter Amerikas nicht im juristischen Sinne Mitglied der Reparationskommission sein wird, bekräftigt nicht die Selbständigkeit dieser Entscheidung. Die amerikanische Regierung kann ohne Zustimmung des Kongresses, der sich in Paris trifft, keine Genehmigung für eine solche Aktion vornehmen. Das Komitee hat auf Grund der amerikanischen Erklärung den Reichstag, den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, die amerikanische Staatsbürger hierfür zu ermitteln. Die amerikanische Delegation sollen hierzu beauftragt werden. Der Komitteeschluß muß nach der Vollendung der Konferenz befaßt werden. Das ist jedoch lediglich eine Formalität.

Die amerikanische Erklärung hat die Atmosphäre entschieden günstig beeinflusst. Allerdings wird die praktische Wirkung ungewiß. Die amerikanische Erklärung, die dem Reichstag überreicht, lehnt die Einzahlung ab, eine derartigen Einzahlung eines Amerikaners zur Reparationskommission die Aufnahme der deutschen Anleihe ab, weil sie auf diese Weise die Interessen der Gläubiger an der Sicherheit des deutschen Wirtschaftens nicht hinreichend gewährleistet. Überhaupt ist die Anleihe an Deutschland durch den vorliegenden Beschluß der Reparationskommission in Frage gestellt, und zwar durch die Bedingungen, die die Reparationskommission als Voraussetzung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft festsetzt. In Einklang mit dem Reichstag, das unter solchen Bedingungen die Anleihe unmöglich ist, da im Gegensatz zum Beschluß der Reparationskommission die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft durch Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Interesse der deutschen Anleihe ist. Die Zustimmung dieser Frage im zweiten Komitee der Konferenz braucht viel Zeit, und es ist vorläufig nicht abzusehen, wie und zwischen den politischen Forderungen der Reparationskommission und den wirtschaftlichen Forderungen der amerikanischen Delegation der deutschen Anleihe eine Brücke möglich sein wird.

„Freie Hand für Sanktionen.“

London, 18. Juli. (Radiobericht.) Das dritte Komitee der Londoner Konferenz, das über die Beilegung der deutschen Verfehlungen und Sachvergangenheit befaßt, hat am Donnerstag seine Arbeiten nahezu abgeschlossen. Das Komitee empfiehlt die Einführung eines neuen Sanktionsabgrenzungsgesetzes, das dem Zeitpunkt des Beginns der deutschen Zahlungen an die alliierten Regierungen über die Befreiung der eingehenden Gelder beruhen soll. Die Einführung dieses Gesetzes, das sehr einfach zu realisieren ist, ist ein wichtiger Schritt über die amerikanische Mittelbarkeit zu der schwierigeren Frage über, was zu geschehen hat, falls die Reparationskommission mit Einverständnis der Amerikaner deutsche Verfehlungen feststellt. Einigen der englischen Redner, daß in diesem Falle ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten notwendig wäre, forderten die Franzosen freie Hand für Sanktionen. (1) Frankreich hat in dem ersten Komitee für seine Auffassung Vorschläge zur Verfügung gestellt, nachdem am Donnerstag ein norddeutsches Komitee die von der Kommission zuerst ausgearbeiteten Entwürfe abgelehnt worden sind. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß die Annahme der französischen Vorschläge mit der Gefahr eines neuen Ruhrabenteuers die Aussichten einer Anleihe auf den Rückbau vergrößert. Auch in dem Komitee, das die Wiederherstellung der

deutschen Wirtschaftseinheit befaßt, sind Schwierigkeiten aufgetaucht, zur deren Überwindung Mac Donalds und Herriot am Donnerstag persönliche Beziehungen abgelehnt haben. Die Frage der militärischen Ruhrbesetzung ist vorläufig von der Diskussion ausgeschlossen. Die Franzosen haben inzwischen ein Memorandum mit Vorschlägen für die schrittweise (1) Bionomie der Räumung der Ruhr, zur Diskussion gestellt. Die Beratung dieses Memorandums dürfte mehrere Tage beanspruchen. Hierauf soll die schwierige Frage der Kontrolle der Rheinbahn angeschlossen werden. Die Regelung dieser Frage wird als der erste Punkt der Konferenz betrachtet.

Räumung in Etappen?

Ein französisches Memorandum. London, 17. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Die zweite Kommission der Londoner Konferenz soll sich hauptsächlich mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beschäftigen. Die französische Regierung hat zu dieser Frage ein Memorandum vorgelegt, das der Konferenz bereits vorgelegt wurde. Der diplomatische Berater des „Daily Telegraph“ teilt über den Inhalt dieses Memorandums mit, daß Frankreich die Räumung in zwei oder drei Etappen beschließt. Die erste Gruppe der Räumung soll die Eisenbahnlinien umfassen, die die wichtigsten Verkehrsverbindungen bilden. Die zweite Gruppe soll die Eisenbahnen umfassen, die die wichtigsten Verkehrsverbindungen bilden. Die dritte Gruppe soll die Eisenbahnen umfassen, die die wichtigsten Verkehrsverbindungen bilden.

Ein französisch-belgischer Plan zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit wird heute dem zweiten Konferenzgremium vorgelegt werden. Dieser Plan sieht nach dem „Echo de Paris“ sehr zahlreiche und ziemlich lange Etappen vor. Die Belgier schlagen vor, daß die Entschärfung der Reparationskommission hinsichtlich der Räumung der Anleihe abgeändert werde. Nach ihrer Ansicht müsse es genügen, wenn die englischen, amerikanischen und auch andere Bankiers die Verpflichtung übernehmen, die Anleihe zu placieren.

Wie das Ruhrabenteuer liquidiert werden soll.

Die Differenz des englischen und französischen Standpunktes. London, 18. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Der wichtigste Sachpunkt innerhalb der zweiten Kommission ist, laut der diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“, daß die Engländer ein Datum, vorläufig den 15. August, für die Aufhebung des Dawes-Vereinfaches festsetzen wollen, während die Franzosen in Etappen vorgehen und sich nicht an bestimmte Zeiten, sondern an bestimmte Ereignisse binden wollen. Im übrigen ist das Verlangen nach Wiederherstellung des Ruhrunternehmens jetzt offen zur Erörterung zugelassen worden. Man tritt dafür ein, daß es Zeit sei, von einem Kriegszustand, wie ihn die Ruhrbesetzung tatsächlich bedeutet, zu dem Friedenszustand zu gelangen, wie er im Dawes-Vereinfache festgesetzt wurde. Die Alliierten gehen auch zu, daß die vorzuschlagende Anleihegeber das Recht hätten, Garantien zu fordern, damit das Haus, in dem sie ihr Geld anlegen, nicht zerstört werde.

„Unfähige Befehle?“

London, 18. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Dem „Star“ zufolge hat Mac Donald gestern eine Konferenz mit Snowden und den Sachverständigen des ausländischen Anleihe, fern von Lord P. am 18. Juli abgehalten. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, daß die Franzosen zur unfähigen Befehle bereit seien, falls Deutschland sich bereit erkläre, den Dawesplan auszuführen und sobald die britische und amerikanische Banken ihre Anleihe an der 200-Millionen-Anleihe übernehmen hätten. Der britische Botschafter behauptet, daß die Franzosen nicht bereit seien, die Anleihe zu übernehmen, wenn sie nicht die wirtschaftliche Einheit des Ruhrgebietes einstellt.

Voraussetzliche Konferenzdauer.

London, 18. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Eine Konferenzmeldung, die am Donnerstag nach Beginn der Ausführlungen vorgelegt wurde, besagt, daß die Konferenz wahrscheinlich nicht länger als ein bis zwei Wochen dauern würde. Die Hauptbedenken seien mit den bisherigen Verhandlungen der Kommissionen durchwegs zufrieden. An der nächsten Plenarsitzung sollen auch Vertreter der Dominien teilnehmen.

Beruhigung in Paris.

Frankreich besteht auf Beibehaltung eines Teiles der Eisenbahneige im Ruhrgebiet.

Paris, 17. Juli. (Eia. Drahtbericht.) Der ausgeprägte Optimismus in der Beurteilung der Londoner Konferenz, den am Mittwoch fast die gesamte Welt erreicht war, hat am Donnerstag durch die Dinge das Maß erreicht. Der bei den Londoner Verhandlungen von allen Seiten zum Ausdruck gebrachte Wille, zu einer Überwindung der Gegensätze zu gelangen, und der Optimismus, mit der die Konferenz gleich am ersten Tage an die Beilegung der heftigsten Probleme heranzutreten ist, hat hier einen ausgesprochenen Eindruck gemacht. Als ganz besonders erfreuliches Zeichen für die Zukunft verdient verzeichnet zu werden, daß in der französischen Hauptstadt eine realpolitische, nüchterne Einstellung zu den verschiedenen, von der Londoner Konferenz zu lösenden Fragen mehr und mehr an Boden gewinnt, und man mit den Alliierten aufzukommen beginnt, die allzu frühen optimistischen Konferenzen zum Vergleichsgegenstand sind. Bezeichnend dafür ist es, wenn am Donnerstag von der Mehrzahl der Pariser Blätter die amerikanische Zustimmung zu der nach der vergangenen Woche hart bekämpften Beilegung der Reparationskommission als ein Zeichen einer merklichen Abkehr von den optimistischen Vorstellungen der Konferenz mit großer Genugtuung aufgenommen wird. Allerdings sind damit in dieser Frage alle Schwierigkeiten noch keineswegs überwunden. Insbesondere der als Sicherheitsproblem gegen Frankreich erörterte einzelner Regierungen in Aussicht genommene Fall, monach bei der Beilegung einer schweren deutschen Verletzung nicht etwa im voraus festgelegte Maßnahmen automatisch in Kraft treten, sondern die alliierten Regierungen gemeinsam über die zu treffenden Maßnahmen beschließen sollen, führt in Paris noch immer auf heftigen Widerstand, der jedoch keineswegs unbewundbar zu sein scheint. Die beiden heftigsten Punkte, die die Konferenz zu lösen haben wird, sind nach wie vor die französische Forderung nach Beibehaltung einer Kontrolle der Eisenbahnen und die Zahlungsmodalitäten. In der Frage der Eisenbahnkontrolle wird nach den Mitteilungen englischer Blätter die französische Regierung verlangen, daß ein alliiertes Delegiertes mit ausreichenden Vollmachten sich in der Direction des rheinischen Eisenbahngesellschaft und mindestens ein Teil des belgisch-französischen Regierungsvertrages auf seinem gegenwärtigen Stellen verbleiben soll, im Falle einer Verletzung der deutschen Anleihe, die die Konferenz zu lösen haben zu können. Da England in dieser Frage jede Konzeption abzulehnen entschlossen sein soll, wird hier eine Einigung nicht ganz leicht sein.

Die Vertretung der Dominions.

London, 18. Juli. (Radiobericht.) Die Vertretung der Dominions auf der Konferenz hat einige Verwirrung herbeigeführt. In Zukunft wird deshalb am Stelle des Außenministers Thomas abwechselnd je ein Vertreter der Dominions als britischer Konferenzdelegierter den Vollzügen beizugehen. Heber Wochenende sind die Delegierten der Konferenz zum Teil Walter Mac Donalds und Lord Rarnmoors. Die nächste Vollziehung der Konferenz findet nicht am heutigen Freitag, sondern erst am kommenden Samstag statt. Zugleich ist auch der amerikanische Berichterstatter in Berlin von Amerika kommend in London eingetroffen.

Keine Bedingungen.

Am ersten Ausbruch der Konferenz haben die englischen Delegierten am Donnerstag gefordert, daß die Bedingungen der Reparationskommission nicht in Betracht gezogen werden sollen. Die Regierungen fern von Paris, die in der Sache der Reparationskommission und der Einigung der Reparationskommission vor der offiziellen Beilegung der Reparationskommission sind.

der letzten Rede des Reichstagspräsidenten ...

Das Ergebnis von Amsterdam.

Sachverhältnissgutachten. Londoner Konferenz. Admonition.

Am 14. Juli 1926 fand in Amsterdam eine gemeinsame ...

Die Konferenz betonte die Notwendigkeit der internationalen ...

So allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverhältnismann ...

Die Sekretäre der beiden internationalen Organisationen ...

Im Anschluß an die gemeinsame Konferenz der beiden ...

Der neueste Skriptal für weltrevolutionäre russische Uebungen.

In Bulgarien wird überall eine besonders heftige bolschewistische ...

Die bulgarische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerischen Eisenbahnforderungen und Poincarés Wünsche.

Die bayerische Regierung hat mit ihren unaufrichtigen ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Der desavouierte Bahrweg.

Die Feststellung, daß die Stellungnahme des Herrn ...

Stellung für Vorbereitung zum Sommer. Ein Radio-Telegramm ...

Colter in Leipzig.

Die Leipziger Kolonialwoche berichtet über den 17. Juli ...

Colter wurde am Dienstag 14. Juli entlassen, da es ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

An der Kulturwoche wird Colter teilnehmen, bei der am ...

Einmütig angenommen.

Die Konferenz vertritt in diesem Moment darauf, das ganze ...

Die Konferenz stellt fest, daß der Plan der Sachverhältnismann ...

Anbei, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverhältnismanns ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Die bayerische Regierung hat die Hilfe des Schwärzen Meeres ...

Marxismus und „Patriotismus“.

Das Geistes unserer Nationen gegen den internationalen ...

So arbeiten die internationalen Sozialisten Hand in ...

Programme der Leipziger Kulturwoche.

Am 2. August: 9 Uhr vormittags, Friedrichshagen, Sandersee ...

Am 3. August: 9 Uhr vormittags, Friedrichshagen, Sandersee ...

Am 4. August: 9 Uhr vormittags, Friedrichshagen, Sandersee ...

Am 5. August: 9 Uhr vormittags, Friedrichshagen, Sandersee ...

Kinder auf dem Lande.

Mädchen und Jungen sind auf dem Lande bei Verwandten ...

Die Ostelbender haben eine Lerne und sagt zum kleinen Ulrich ...

Die Ostelbender haben eine Lerne und sagt zum kleinen Ulrich ...

Die Ostelbender haben eine Lerne und sagt zum kleinen Ulrich ...

Ratifiziert endlich!

Ein Antwort zur Internationalen Arbeiterversammlung.

(Von unserem Genossen Forstmann)

Die Presse des bloo national hat Gerriotti Arbeitsminister Sobard mit ihrem Besonderen Borne verfolgt, weil er in Genuß den Deutschen zu weit eingekommen sei. Ganz mit Unrecht. Die stonargische Reaktion mag berührt sein, man hat von deutscher Seite aus nichts getan, was ihnen schmecken mag, es mag doch noch ein zu einer Wahrung der Beruflichen und Christlichen in beiden Ländern kommen, recht geben über. Wenn irgendwo einer aufmerksamen internationalen Arbeiterversammlung vorzudemonstrieren werden konnte, so auf der letzten Arbeiterversammlung. Deutschland hatte die große Gelegenheit, auf sozialpolitischen Gebiet ein betrübende Geistes zu tun, indem es für den Weltkongress eintrat und darüber hinaus sein Ja zu den internationalen Männern zum Schutze der Arbeit gab. Man wartete darauf — es kam eine ungläublich trübe Rede des Herrn Vogel für die deutschen Industriellen, der eine gemundene Erklärung für die deutsche Regierung vorbrachte, und man gab seine Antwort mehr auf die Rede von Thomas. Es sei denn jenes seltsame Wolff-Telegramm mit dem historischen Satz: „da das deutsche Volk beschloffen hat, mehr zu arbeiten...“

„Deutschland will ansehnen seine Vorkriegszeit“, sagte ein neutraler und sonst sehr wohlwollender Beobachter nach dieser Vorgängen. Das ist das Entscheidende. Mehr und mehr schließt sich der Kreis internationaler Abmachungen auf sozialen und politischen Gebiete. Es ist leicht, über den Widerstand zu spotten, noch leichter, von der Redaktionsstube der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus gegen das internationale Arbeitertum zu warnen, das sich erfüllt, dem deutschen Arbeiter wie den Arbeitern der Welt in seinen elementaren Rechten beizufügen. Man überhört, daß durch eine ständige Zusammenkunft und Zusammenarbeit der besten Kräfte in der ganzen zivilisierten Welt doch allmählich eine Atmosphäre des Vertrauens und des Respektes für gegenseitige Lebensnotwendigkeiten geschaffen wird, in der später einmal die große Völkergemeinschaft leben kann. Außerdem, um nur ein Beispiel zu nennen, versteht das besser als Deutschland. Es hat, einer unübersprochenen Meinung zufolge, seine Beobachter auf der Arbeiterversammlung gehabt, und es hat dem Widerstand auf seine Willkommeneinladung hin in einer Weise geantwortet, die zumindestens noch weitere Diskussionsmöglichkeiten offen läßt. Aber Deutschland rührt sich nicht. Es läßt hinter eine schiefen Planer von Worten stellen und gefüllt sich — zum Teil — in einem dichten Stolz und der Ablehnung gegen das Ausland, ein Zeichen einer gefährlichen Verengung des tatsächlichen Zustandes.

Gewiß, Deutschland ist zurzeit Objekt der großen Kritik, nicht zuletzt. Das mag betrübliche Einflüsse erzeugen — die aber nicht die Möglichkeit zu lebensfähiger Kritik hindern, mögen sie noch so „national“ empfunden werden. Man glaubt, Flug zu sein, wenn man nur die eigenen Belange wahrnimmt — und ist nicht einmal pfiffig. Der deutsche Industrielle, der die Forderung des Arbeiters zum Werkzeugsbeitrag benutzt und damit ein neues Dumping plant, dürfte, z. B. nur auf den härtesten und bereiteten Widerstand des fremden Kapitals stoßen, und die Zahl der Reichsregierung, die vor lauter Bescheidenheit und weiter gewünschten Garantien den Eintritt in den Widerstand verzögert, der von allen anderen Staaten heute als kontinentale Staatsnotwendigkeit betrachtet wird, muß schließlich in der internationalen Berichterstattung der Indifferenz, wenn nicht von Schimmerern, kommen.

Statt praktische Politik zu treiben, gefällt man sich in der ewigen Wiederholung der Worte Wille der „anderen“ wie ein Zusammenarbeiten unmöglich machen. Darum etwas vorzunehmen, was doch schimmernfalls erst die Erfahrung rechtigerer Mittel zeigt das nicht, dem Gegenpartei schon vor Beginn des Spieles Unfähigkeit zu unterstellen, den eigenen Willen allzu deutlich zu manifestieren? Die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit würde die Möglichkeit der öffentlichen und internationalen Debatte über alle Fragen bringen, die auch deutsche Interessen betreffen, und die Ausrichtungen würden bestimmt andere sein, wenn wir mit den „anderen“ an einem Tische sitzen — anstatt allein denker der Tür zu stehen und uns dann der Beistritter, wenn nicht gar der Gerichtsivollzieher, die Ergebnisse der internationalen Beschlüsse übermitteln.

Was wird oder nachher sein? Es werden nachher keine Wunder geschehen, die Wegengkeiten sind nun einmal da, aber wird werden aus unserer allzu langen Vereinnahmung herausstritten und uns wieder mit den anderen in eine Reihe stellen. Wir werden wieder begreifen lernen, daß man den Interessen des eigenen Landes am besten dient, indem man sie richtig versteht in ihrer notwendigen Beschäftigung und Verbindung mit denen der anderen Länder und Völker.

Sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht:

„Die Haltung des Reichsrats des Reichsarbeitsministers auf der Konferenz des Internationalen Arbeiterrates in Genf ist als eine

Abkehrung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsvertrag aufzufassen. Wir fragen deshalb die Reichsregierung: Wie sie bereit, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Washingtoner Abkommen aufzugeben und den Reichstag sofort die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorzutragen?

Preussischer Landtag.

Die Hauszinststeuer. • Kommunisten und Ferien. • Rost Wirtshaus hinterlegt bei Juan Karl.

Berlin, 18. Juli. (Soc. Parl.-Dienst.) Die in den letzten Tagen durch die Steuernotverordnung (Hauszinststeuer) aufgeworfene Preußenkrise hat den von uns bereits vor einigen Tagen angekündigten Ausgang genommen. Zentrum und Deutsche Volkspartei hatten zur Steuernotverordnung neue Anträge, nachdem die sozialdemokratische Fraktion bereits durch einen von uns inzwischen mitgeteilten Antrag neue Wege zur Deduktion des Finanzbedarfs gezeigt hatte.

In der Donnerstagsitzung beantragte der Zentrumsausschubene Gersch, der Führer der Opposition gegen die Hauszinststeuer innerhalb des Reichstags, daß die ganze Frage der Steuernotverordnung zusammen mit den neu gebrachten Anträgen an den Hauptausschuss zurückverwiesen werde. Es war klar, daß die Sozialdemokraten und die Kommunisten ein großes Versehen über die Finanzfrage, Verfassungsfragen und dergleichen machen würden, wenn sie die Steuernotverordnung nicht und blühend ab. Er betonte, daß am 1. August unter allen Umständen die Beamten die benötigte Gehaltsaufhöhung erhalten müßten. Von Verfassungsfragen sollte keine Rede sein, da die Notverordnung in dem Landtag vorgelegt worden sei. Bei dem Willen der Regierung der Notverordnung habe es sich nicht um eine Verfassungsfrage, sondern um eine politische Frage. Für die gegenüber der Sozialisten gestellten kommunistischen Anträge auf Entschleunigung in der Hauszinststeuer hätten auch die Sozialdemokraten im Ausschuss gestimmt. Man könne jedoch nicht nur Entschleunigungen bewilligen, sondern müsse sich auch um die Deduktion des Finanzbedarfs bemühen. Wenn die Kommunisten hier von vielen Fertigkeiten des Landtags sprächen, so wahrhaftig deshalb, weil sie fortwährend die Ausschließungen schwinnten. (Beifall.)

Der Antrag auf Rücküberlegung der Steuernotverordnung an der Hauptausschuss wurde mit den Stimmen der Sozialistenpartei angenommen, und damit ist die Klärung der ganzen Frage bis September verschoben.

Das Haus führte dann die zweite Beratung des Bergelotz an Ende, nahm die dazu vorgelegten Anträge des Hauptausschusses im wesentlichen an und vertagte sich auf heute, Freitag, 11 Uhr.

Die kommunistische Abgeordnete des Preussischen Landtags, Frau Hel. Wollstein, hat an den Landtagspräsidenten seinen Schreiben gerichtet, in dem sie gegen ihren Ausschluss aus der Sitzungspforte protestiert und erklärt, sie werde die Freizügigkeit des Reichsausschusses des Reichstags, dem kommunistischen Abgeordneten R. H. hinterlegen. Die Beschlüsse des Landtags vom 8. Juli 1923, auf die sich die gegen sie getroffenen Maßnahmen stützen, seien verfassungswidrig. Das Parlament könne in eigener Sache nicht Richter sein, und deshalb müsse ein Gerichtsurteil den verfassungsmäßigen Anspruch auf die freie Eisenbahnstation feststellen.

Was der Vorsitzende des Reichsausschusses des Reichstags mit der ganzen Angelegenheit zu tun hat, ist unschwer zu erraten.

Gegen den Schutz der Republik.

Der Ständel des neuen Landesvertragsvertrages.

Das neue Landesvertragsvertrages, das die Oberverwaltungsbehörde gegen die „Dresdener Volkspartei“ eingeleitet hat, bedeutet eine schreiende Verletzung eines der Hauptgrundsätze aller Verfassungen, insbesondere auch der deutschen Reichsverfassung und des Reichsvertrages, nämlich der unantastbaren und unantastbaren Verfassung, und Straftatheit aller wahrheitsgetreuen Berichte über öffentliche Parlementsverhandlungen. Die „Dresdener Volkspartei“ wird bekanntlich verfolgt wegen eines wahrheitsgetreuen Berichtes über öffentliche Verhandlungen eines vom Sachsischen Landtag eingeleiteten Untersuchungsausschusses, der ein unantastbarer Bestandteil des sächsischen Parlaments ist. Die Defektheit derartiger parlamentarischer Untersuchungen erscheint schwer bedenklich, wenn die Presse fürchten muß, wegen der Berichterstattung darüber von der Justiz verfolgt zu werden — von ihrer Justiz allerdings, die sich bisher allen Klagen zur Unterstützung der öffentlichen Untersuchung im Strafprozess, wie sie in England, Dänemark usw. längst besteht, Ironiehaft und lieber auch mit Erfolg widersetzt hat. Will man etwa das verbotene Prinzip der öffentlichen Untersuchung nun auch den Parlamenten „anschieben“? Sollen sich die individuellen Verfolgungen zur Unterstützung der öffentlichen Untersuchung im Strafprozess, wie sie in England, Dänemark usw. längst besteht, Ironiehaft und lieber auch mit Erfolg widersetzt hat. Will man etwa das verbotene Prinzip der öffentlichen Untersuchung nun auch den Parlamenten „anschieben“? Sollen sich die individuellen Verfolgungen zur Unterstützung der öffentlichen Untersuchung im Strafprozess, wie sie in England, Dänemark usw. längst besteht, Ironiehaft und lieber auch mit Erfolg widersetzt hat.

Wenden-Wiese in China. Aus Peking wird gemeldet: Die Tzusi-Banden (bestehend aus entlassenen Soldaten und verarmten Zivilisten) zählen in der Provinz Anhui bereits 4000 bis 5000 Mann. Die Regierung entsandte dorthin Truppenverbände. Die Tzusi haben mehrere ausländische Missionare gefangen genommen, eine chinesische Bank geplündert und auch sonstige Verbrechen begangen.

Konflikt im Hessischen Landtag.

Zentrum und Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie.

Darmstadt, 18. Juli. (Soc. Parl.-Dienst.) In der Donnerstagsitzung des Hessischen Landtags, dem letzten Beratungstag der außerordentlichen Session, prallte die Gegensätze hart aufeinander. Das Zentrum hatte bei der Reihe wichtiger Bestimmungen in den letzten Wochen mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten gegen die Sozialdemokratie gestimmt, obwohl es sich mit der Sozialdemokratie und Demokraten in einer Koalition befindet. Auch am Donnerstag stimmte das Zentrum gegen mehrere sozialdemokratische Anträge zum Aufklärungsgebiet für das Reichsgegenüber-Verfahren. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie hatten zu drei Anträgen gemeinsam vorgeschlagen, die Staatsanwaltschaft für die höheren Straftaten und die höheren Straftaten verlangen. (1) Bei der Abstimmung über diese Anträge verließen die Sozialdemokraten, ein Teil der Demokraten und die Kommunisten den Sitzungssaal. Der im Saal zurückgebliebenen Weg. Karl (Soc.) begrüßte die Beschlüsse der Sitzung mit dem Hinweis, daß diese unterbrochen werden. Nach 15 Minuten erließ der Präsident die Auflösung einer neuen Sitzung. Die abwesenden Abgeordneten erschienen jedoch nicht. Als dann wieder die Anträge erneut zur Abstimmung aufgerufen wurden, war das Zentrum wieder der Mehrheit. (Soc.) begrüßte die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Fraktion über die Freizügigkeit der Sozialdemokratischen Fraktion über das Zentrum und die Sozialdemokraten. Die Anträge der Sozialdemokraten traten sofort in einer Sitzung zusammen. Die Lage blieb jedoch unklar. Es blieb abzuwarten, ob das Zentrum, das für sich das Recht der Handlungsfreiheit in weitestgehendem Maße beansprucht, den Sozialdemokraten aber dieselben Rechte verweigert, seinen nicht mehr verheißenen Drohungen die Tat folgen läßt und seinen Minister aus der Regierung ausschließt.

Der Staatsanwalt und die Frauen.

Berlin, 18. Juli. (Soc. Parl.-Dienst.) Nach einer Wittermeldung aus Dresden hat der Generalstaatsanwalt eine Verordnung erlassen, nach der Deitze von Straftaten, die in der Vergangenheit begangen wurden, wenn es die Wahrung der Gerechtigkeit und das Ansehen der Gerechtigkeit gefährden würde, wenn in militärischen Angelegenheiten, besonders bei Straftaten gegen die militärische Unterordnung, Frauen bei der Entscheidung mitwirken.

Die Verordnung wirtet wie ein Stich aus den Grundtagen an. Stabe, daß der Herr Generalstaatsanwalt nicht auf eine Verordnung herauskommt, auf Grund deren in militärischen Angelegenheiten oder ähnlichen Verhältnissen begangene Delikte nicht von militärischen Richtern abgeurteilt werden dürfen. Um die Motivierung einer solchen Verordnung dürfte ein finstiger Staatsanwalt nicht bezlegen sein.

Ricciotti Garibaldi †.

Rom, 18. Juli. (Koblenz.) Am Alter von 80 Jahren ist in Rom der letzte der Wände Garibaldi, Ricciotti Garibaldi, gestorben. Er wurde zuerst bekannt, als er im Jahre 1849 mit den Republikanern seines Vaterlandes kämpfte, später wurde er ein Hauptmann der italienischen Armee in den Kriegen fremder Staaten. Ein geistlich-italienischer Romer, der sich auf die Seite der Griechen wandte. Sein politischer Kampf als italienischer Nationalist galt besonders der österreichischen Monarchie. Am 2. September 1860 erlangte er von Frankreich ein Mandat für Frankreich ein. Sein Sohn Massimo zog mit einem Freiheitskämpfer nach Frankreich und nahm dort an dem Kampf teil. Der jetzt Verstorbene wurde am 3. März 1843 in der Welt geboren.

Von der Rentenbank zur Agrarbank.

Berlin, 18. Juli. (Koblenz.) Die Rentenbank soll nach Eröffnung der Geldnotenbank in eine neue Agrarbank umgewandelt werden. Wie immer bei der Rentenbank sollen nun auch bei der Agrarbank auf Grund staatlichen Zwanges die Aktien aufgebracht werden, indem die Rentenbank in Goldmarken (Kart) besetzt werden soll. Die Umwandlung der neuen Agrarbank soll von den landwirtschaftlichen Kreisen eine staatliche Kontrolle ausgeübt werden. Der Staat soll sich die Erlöse aus der Eröffnung der Bank leisten, soll aber sonst nicht zu sagen haben. Die von der Rentenbank bisher erzielten Geschäftsergebnisse sollen nicht an die daran beteiligten Interessenten ausgeschüttet werden, sondern der Agrarbank zufließen. Die Klein- und Mittelbauern haben in der Bank nicht zu sagen, ihre Belangen sollen aber günstig von der Bank mit Rücksicht auf die Interessen der Agrarbank.

Rücktritt in Anhalt.

Desau, 18. Juli. (Koblenz.) Das neue bürgerliche Staatsministerium für Anhalt setzt sich für die landwirtschaftlichen Schwäche (1) und für eine Ermäßigung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent ein, und hat den Vertreter Anhalts im Reichstag schon impredirekt inskuriert. Infolgedessen wurde von den Kommunisten ein Antrag auf den Rücktritt gegen die Regierung eingebracht, wodurch diese bürgerliche Ministerregierung jetzt gefährdet ist.

In unserem grossen, weit und breit bekannten

Inventur-Ausverkauf

bringen wir **Schlager auf Schlager!**

Unsere Schaufenster überzeugen Sie davon!

J. LEWIS

Halle a. d. Saale Marktplatz 2 u. 3

The Hottentot

Bereins-Kalender

der G.D.D.

Freien Gewerkschaften, Bekleidungs Vereine
 heute bei festlichem Festen Zusammenkunft
 im Beisein aller Vereine

Erster Vorsitzender: Herr...
 Zweiter Vorsitzender: Herr...
 Schriftführer: Herr...

Halle
 Der...
 ...

Aus dem Bezirk
 ...

Reichs-Banner ... **Schwarz-Rot-Gold**

Erstgruppe G.D.D. ...

Erstgruppe Arbeiter ...

Erstgruppe Gewerks. ...

Erstgruppe Selbst. ...

Erstgruppe Gewerbe ...

Auf Kredit

liefert an jedermann
Damen-Kleider
Kostüm-Röcke
Damen-Kostüme
Damen-Mäntel

Möbel

Hermann Liebau

Arbeitsmarkt

Heizungsmonteur

Lebensmittel
 in besten Qualitäten, reich Auswahl u. preiswert bei 8297

Ed. Sorg
 Kolonialwaren
 Hermannstraße 7.

Täglich frische Bäckerwaren

Fett-Bäckerei
Aale, Lachs
fr. Lachs-Sibir

Riesen-Rollmops
Saure Sardin.

Schürzen
 Satin und Seiden, weißgeschitten, beste Stoffe, preiswert.

Akteurappen
 ununterbrochen nur prima Feder sehr preiswert bei

Heiz- u. Kochöfen
Kochherde
Gruden
Gasocher
Waschesssel
Ofenrohr, Ringplatten

Christian Glaser

Boock- u. Delikatesswürste
 frisch und in Dosen

Heinrich Müller

Wäschmaschinen
 auf Wunsch 5161 Teilzahlung

Die Gemeinde
 HALBMONATSSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE ARBEIT IN STADT UND LAND

Loidendo Frauen!
 Wichtigkeit der Bekleidung von Frauen

Spezialmittel

Arbeitsmarkt

Heizungsmonteur

Der Gipfel der Heiterkeit!!
Die schwebende Jungfrau
 Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach

Thalia-Theater
 Telefon 6818. Direktion Willi Schur.

Lützen
 Sonntag, den 20. Juli 1924, im „Bürgergarten“

Gewerkschaftsfest
 Sonntagabend den 19. Großer Lampionanzug mit anschließendem Feuerwerk

BALL
 Hierzu ladet freundlich ein Das Gewerkschaftskartell.

Preis-Ermäßigung!
 Block-Schokolade 100 Gramm nur 20 Pfennig

Genzsch
 Konfitüren-Geschäfte kennt jedes Kind in Halle a. S.

Bock- u. Delikatesswürste
 frisch und in Dosen

Heinrich Müller

Wäschmaschinen
 auf Wunsch 5161 Teilzahlung

Die Gemeinde
 HALBMONATSSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE ARBEIT IN STADT UND LAND

Loidendo Frauen!
 Wichtigkeit der Bekleidung von Frauen

Spezialmittel

Arbeitsmarkt

Heizungsmonteur

Nicht

1 Paket Seifenpulver sondern 1 Paket Dixin

müssen Sie verlangen dann haben Sie die Sicherheit einwirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! Dixin ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Walchwirkung und für jeden Walchzweck geeignet

ZOO ZOO Menschen-Affe
 4jährige Schimpansin eingetroffen.

Stadtbad Eisleben
 Sonntag, den 20. Juli, mittags von 11 bis 1 Uhr

Konzert
 Freunblichst ladet ein Herling

Lichtspiele
 Eisleben. 1445. Angenehmer, kühler Aufenthalt.

Kein Laden! Kein Laden!
Mübbrette 69 (Eing. Torweg)

Chemische Fabrik Edwin Coja
 Eisleben 1429

Haustromen! Kaufen nur in den Geschäften, welche bei uns interieret.

Das Statistiker!
 Der Statistiker hat in Uebereinstimmung mit dem Einkommen

Eisleben
 den 5. Juli 1924.

Der Statistiker!
 Der Statistiker hat in Uebereinstimmung mit dem Einkommen

Sonnabend - Montag - Dienstag

Blusen, farbig von Mk. 2,25 an
Blusen, weiß von Mk. 2,85 an
Waschmusseline-Kleider von Mk. 5,50 an
Voile-Kleider von Mk. 9,00 an
Seldensatin-Kleider von Mk. 12,00 an

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407181-15/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung.

Zurück in die Gewerkschaft!

Der sogenannte Weltkongress der kommunistischen Internationalen nahm in der Gewerkschaftsfrage folgende Resolution an: Der Weltkongress stellt fest, daß die Haltung Schumachers und Genossen den Kongreßbeschlüssen entgegenläuft. Die Einbeziehung der Ausrittswegung war revolutionär fehlgründig, weshalb sie der Kongress zurückwies. Der Weltkongress fordert die Arbeiter auf, in die Gewerkschaften zurückzukehren, da die Gewerkschaften Kampfmedien aller Beschäftigten sind und ein Verlassen derselben Defektion bedeutet.

Der Weltkongress macht in diesen wenigen Zeilen einige wertvolle Feststellungen. Gegenüber den immer wieder aufgestellten Behauptungen der deutschen Kommunisten, die „Arbeiterdemokratie“ späteren die Gewerkschaften, erklärt der Weltkongress, daß es die deutschen Kommunisten, die Schumacher und Genossen waren, die die Ausrittswegung „einfach“ haben. Die kommunistischen Spalter, deren Haltung ausdrücklich verurteilt wird, werden aufgefordert, in die Gewerkschaften zurückzukehren.

Was werden nun die deutschen Gewerkschaftspalter tun? Was werden die Unionsisten, die abgefallenen Bauarbeiter, Metall- und Bergarbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie, der graphischen Gewerbe, der Holzindustrie, die Kupferindustrie usw., die unter das mostosittische Sternchen in mehr oder weniger bedeutungslosen Organisationen zusammengetrommelt wurden? Es wird den Wählern der Spaltung sicher nicht leicht sein, ihrer Führerschaft zu entgehen. Aber was wird ihnen wohl sonst übrig bleiben? Ohne die Unterstützung Moskaus können sie sich keine vier Wochen halten. Einfach gelb werden, was für manche von ihnen nur eine Art Verjüngung wäre, offen zu den Unternehmern übergeben, denen allein die Spaltung nützlich ist, da während sie von dem größten Teil ihrer Anhänger in Ekel gelassen werden. Die Verzeihung der deutschen Spalter gegenüber der neuen Schenkung, die ihnen von Moskau befohlen wird, kommt in der Erklärung zum Ausdruck, die Gebhardt namens der deutschen Delegation abgab und die wir nach dem Bericht der „Roten Fahne“ wiedergeben:

Gebhardt erklärt, daß die deutsche Delegation den Zeitpunkt für den Austritt aus der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung im internationalen Maßstab für unannehmlich hält. Die Aktion müsse gründlich vorbereitet werden. Diese

Erklärung bedeutet keinesfalls, daß gewisse der SPD und der KPD, bezüglich der Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftslinie Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die deutsche Delegation hofft, daß die erweiterte Exekutive eine die deutschen Erwartungen befriedigende Lösung finden werde.

Dem die Formalitäten sollen nach von der erweiterten Exekutive festgelegt werden. Soweit die deutschen Gewerkschaften in Frage kommen, halten wir es für selbstverständlich, daß ihre Tore weit offen stehen, soweit es sich nicht um Leute handelt, die wegen ihrer Handlungen ausgeschlossen werden müßten. Aber auch hier wird man gut tun, unter Anwendung der nötigen Vorkehrungsregeln nach dem Grundgesetz zu handeln, daß über einen reuigen Sünder im Himmel mehr Freude herrscht, denn über neunundneunzig Gerechte.

Die Erweiterung der deutschen Kommunisten kann man nachhaken. Auf norbury von Moskau ist die Spaltung in die Wege geleitet und hollagen worden. Und nicht etwa in Deutschland allein. In Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Spanien, überall too Moskau glaubte, mit der Spaltung und Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung ernsthaft Abbruch zu tun — und darum allein und nicht etwa mit der Bekämpfung des Kapitals handelt es sich — ist die Spaltung angeordnet und hollagen worden. Aber nur die deutschen Kommunisten werden gerüffelt. Ihnen allein mutet man zu, zu verbrennen, was sie angebetet und angebetet, was sie verbrannt haben. Wirklich, die deutschen Kommunisten können einem leid tun.

Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit.

Die deutsche Regierung hat beim Sekretariat des Völkerbundes das internationale Abkommen vom 30. September 1921 über die Einschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit nimmend offiziell ratifiziert.

Das ist die erste völkergene Ratifizierung eines internationalen Abkommens durch das Deutsche Reich. Sie wurde vor einigen Monaten vom Reichsrat gleichzeitig mit der Ratifizierung von sieben anderen Abkommen und Empfehlungen beschlossen. Sie ist also bis heute hinausgeschoben worden. Es wäre interessant zu erfahren, warum die damals gleichfalls beschlossenen Ratifizierungen nicht gleichzeitig hollagen wurden. Es ist wirklich sehr schmerzlich diesem Verfall eine andere Bezeichnung als die einer Sabotage zu geben. Es bedarf vor allem der Aufmerksamkeit, ob diese Sabotage vom Reichsarbeitsministerium oder vom auswärtigen Amt verübt wird.

Raubbau an den Bergarbeitern.

Erstreckende Ausnahme der Betriebsunfälle.

Bohum, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband weist auf die seit Monaten in ersichtlicher Weise sich mehrenden Betriebsunfälle im Ruhrbergbau und in der Metallindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hin. Diese Steigerung der Betriebsunfälle läßt

den untrübsamen Glauben zu, daß das Unternehmensmanagement den Arbeitern einen unzureichenden Nachdruck kreuzt und alle gesetzlichen Bestimmungen, über Unfallverhütung und Betriebsbereitschaft von den Betriebsleitungen außer acht gelassen werden. Für die gesamte Bergarbeiterchaft haben sich die Verhältnisse gefährlich verschlechtert. Statistisch eines Zeitraumes von 8 Monaten hat sich hier die Zahl der Unfälle nahezu verdreifacht. Täglich ereignen sich in den Gruben und Grubenbetrieben mindestens 100 Unfälle; es gibt Zeiten, wo sie sogar auf 300 und mehr täglich anstiegen. Davon sind durchschnittlich 1 bis 2 Prozent tödlich; ein erheblicher Prozentsatz ist schwerer Natur. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes, also in einem Zeitraum von 8 Monaten, büßten sich im Ruhrbergbau mindestens 30 000 Unfälle ereignet haben, d. h. durchschnittlich im Monat nahezu 4000 Unfälle. Man bekommt den Eindruck, als seien die Gewerkschaften und Bergarbeitervereine sämtlich Opfer des Beamtenbrottes geworden.

Der Schiedspruch im Baugewerbe.

Auch die Arbeitgeber lehnen den Spruch ab.

Nachdem die Vorarbeit der vom Schlichtungsausschuß gefällten Spruch, der einen Stundenlohn von 86 Pfennig festsetzte, abgelehnt haben, hat auch die Tarifgemeinschaft der vier Bau- und Bauarbeiterverbände der Provinz Sachsen und Anhalt beschlossen, sich dem Spruch nicht zu unterwerfen. Sie wollen nur 64 Pfennig in der Spitze zahlen. Der Baugewerkschaft ist die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beim Schlichter beauftragt worden. Der Streik wird mit unermittelbarer Kraft weitergeführt.

Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner (dem V.D.B. angehörend) hält Anfang August im Leipziger Volkshaus seinen 10. Verbandstag ab. Der Verband umfaßt etwa 80 Prozent aller Berufsfeuerwehren. Der Verbandstag wird sich u. a. auch mit der Frage des Anschlusses an einen größeren Verband (Staats- und Gemeindefeuerwehr) beschäftigen. Die durch den Vorstand betriebene rührige Interessensvertretung zeigt sich auch darin, daß im laufenden Jahre drei kleine Protokolle herausgegeben wurden: 1. Der Wandertag der deutschen Berufsfeuerwehren, 2. In welchem Umfange ist die feste Verjüngung des Berufsfeuerwehrens zweckmäßig und wirtschaftlich? 3. In welchem Umfange kann die Polizei an der Bekämpfung von Schadenbränden mitwirken?

V.D.B., SPD-Praktion. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr, im „Volkspark“ (Rekulturationszimmer) Mitgliederversammlung. Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung (siehe Infertat in der gestrigen Nummer) ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Neuesten: R. D. Schlegel; für Gewerkschaftliches und Soziales: A. R. Bielepp; für Provinziales: A. Bielepp; für den Anzeigenenteil: Wilhelm Gerata; sämtlich in Halle.

Ein Hochgenuss



ist stets
OETKER'S
AUS DR. OETKER'S
Mit Früchten oder eingemachten
Früchten, Rhabarber oder
Nachtisch, nahrhaft u. gesund.



für Alt und Jung

ein
PUDDING
PUDDING-PULVER
Der Zusatz von Knoddenbildenden
Salzen macht ihn zu einem her-
vorragenden Kinder-Nahrungsmittel.



Robert Zschiesche, Gräfenhainichen

Vor der Pforte 1

Vor der Pforte 1

Möbel- und Ausstattungshaus

gegen Kasse und bequeme Teilzahlung

In riesiger Auswahl finden Sie bei mir Möbel aller Art und empfehle davon ganz besonders:

Speisezimmer
Schlafzimmer
herrliche Küchen
in allen Farben
Ankleidechränke
Kleiderchränke
Vertikos

Speisezimmerische
Wachstuchische
Stühle jeder Art
Diplomaten-Schreibtische
Schreibtischstühle
Pflüschsofas
Kugebetten

Patentrahmen
Aufsagematrasen
Korbmöbel
Spiegel, Bilder
Kinderwagen
Puppenwagen
Staubsaugen

Blumentrippen
Servierstischen echt Eiche
Nähtischchen
Nähtische
Drahbettstellen
Kinderbetten
Nähmaschinen

Ferner halte ständig auf Lager:

Herren-Raglan
Herren-Paletots
Herren-Anzüge
Herren-Coutaway
Herren-Sommerjoppen
Herren-Hosen, gestreift
Herren-Hosen, Dreifaches

Damen-Mäntel
Damen-Kleider
Damen-Strickfächer
Damen-Roskürmde
Damen-Wäsche
Bettwäsche weiß u. bunl
Herren-Wäsche

Kinder-Kleider
Kinderstoffs
Reinmollene Popeline u.
Cheriot in allen Farben
Frotté
Blusenstreifen
Schürzen

Fertige Blusen
Hemden-Barchent
Belous-Barchent
Reinleider für
Herren und Damen
Bett-Zulette
Cardinen

Niedrigste An- und Abzahlung

7797

Käufer erhalten nach geleisteter Anzahlung sofort die Ware

Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang

Verband nach jeder Bahnstation

Vertreter: Max Breske, Wittenberg, Schloßstr. 1, 1. Trappe

Vertreter: Hermann Nietzold, Bitterfeld, Wolfener Str. 5

Vertreter: Gustav Sella, Plestertitz, Feldstraße 12

Vertreter: Ewald Rühne, Greppin, Wolfener Straße 68

Vertreter: Richard Opitz, Halle a. d. S., Marthastraße 7.